

# Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Eigentumsidee und Eigentumswirklichkeit .....	1
2. Teil: Entwicklung der personalen Eigentümerfreiheit .....	5
A. <i>Römischrechtlicher Eigentumsbegriff</i> .....	6
B. <i>Deutschrechtlich-mittelalterlicher Eigentumsbegriff</i> .....	8
I. Bedeutungsvielfalt im Mittelalter .....	9
II. Lehre vom geteilten Eigentum .....	11
III. Verknüpfung des Eigentums mit Hoheitsbefugnissen .....	14
C. <i>Eigentümerfreiheit im Ideengut der Grundrechteerklärung von Virginia und der Französischen Revolution</i> .....	16
I. Individuelle Freiheit in der Grundrechteerklärung von Virginia ..	17
II. Eigentumsgarantie als Grundlage von Freiheit und Gleichheit in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte .....	18
D. <i>Entwicklung eines liberalen Eigentumsverständnisses in Deutschland</i> .....	19
I. Verfassungsrechtliche Eigentumsgarantien im 19. Jahrhundert ..	20
II. Abkehr vom geteilten Eigentum .....	22
1. Einfluss der Pandektenwissenschaft .....	22
2. Abkehr vom Feudalsystem in Deutschland .....	23
3. Eigentumsverständnis des BGB .....	24
4. Geteiltes Eigentum im 20. Jahrhundert .....	26
III. Entkoppelung von Eigentum und Hoheitsbefugnissen .....	26
E. <i>Kritik am liberalen Eigentumsbegriff</i> .....	28
I. Kritik <i>Otto von Gierkes</i> .....	28
II. Sozialistische Kritik .....	29
F. <i>Eigentumsgarantie in der Weimarer Reichsverfassung</i> .....	30
I. Erweiterter Eigentumsbegriff .....	31
II. Sozialgebundenheit des Eigentums .....	31
III. Bindung des Gesetzgebers an die Eigentümerfreiheit .....	33

IV.	Abgrenzung der Inhalts- und Schrankenbestimmung von der Enteignung .....	34
V.	Erweiterter Schutz und vertiefte Bindung .....	35
G.	<i>Entstehungsgeschichte von Art. 14 GG</i> .....	36
I.	Besondere Schutzbedürftigkeit des persönlichen Eigentums ....	37
II.	Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums durch den Gesetzgeber .....	38
III.	Sozialbindung des Eigentums .....	39
IV.	Entschädigung im Falle einer Enteignung .....	40
V.	Legalenteignungen und Gestaltungsauftrag des Gesetzgebers ...	40
H.	<i>Entwicklungslinien der Eigentümerfreiheit</i> .....	41
I.	Freiheit als Grundlage des Eigentums .....	41
II.	Eigentum als Vollrecht mit der Vereinigung von Verfügungs- und Nutzungsbefugnis .....	42
III.	Pflichtigkeit des Eigentums .....	43
IV.	Besondere Schutzwürdigkeit höchstpersönlichen Eigentums ...	43
3. Teil: Personaler Charakter der Eigentümerfreiheit in den Eigentumstheorien von <i>Locke, Kant</i> und <i>Hegel</i> .....		45
A.	<i>John Locke (1632–1704)</i> .....	51
I.	Begründung von Eigentum durch Aneignung .....	52
1.	Natürliches Recht des Menschen auf Eigentum .....	52
2.	Der Mensch als Eigentümer seiner selbst .....	53
3.	Aneignung durch Bearbeitung .....	53
II.	Weiter Eigentumsbegriff bei <i>John Locke</i> : Die Eigensphäre des Menschen .....	54
III.	Grenzen des Eigentums und die Erfindung des Geldeigentums .	56
1.	Verderblichkeit der Güter .....	56
2.	Aneignungsrecht anderer .....	57
3.	Begrenzte Arbeitskraft des Menschen .....	57
4.	Aufhebung der Grenzen des Eigentums durch die Erfindung des Geldes .....	58
IV.	Vereinbarungen zum Wert des Geldes und zum Schutz des Eigentums .....	60
V.	Eigentum als Ausdruck der Freiheit des Menschen .....	62
B.	<i>Immanuel Kant (1724–1804)</i> .....	63
I.	Das rechtlich Meine .....	64
1.	Inneres und äußeres Mein .....	65
2.	Begriff des Eigentums und des Sachenrechts bei <i>Kant</i> .....	65

3.	Verbindung des rechtlich Meinen mit dem Besitz . . . . .	66
4.	Physischer und »bloß rechtlicher« Besitz . . . . .	67
	a) Rechtliche Notwendigkeit des Prinzips des Privateigentums . . . . .	67
	b) Notwendigkeit eines intelligiblen Besitzes . . . . .	68
II.	Ursprüngliche Erwerbung des äußeren Mein . . . . .	70
	1. Ursprünglicher Gesamtbesitz als Grundlage der Erwerbung . . . . .	71
	2. <i>A priori</i> vereinigte Willkür aller als Erwerbsvoraussetzung . . . . .	72
	3. Pflicht zum Eintritt in den bürgerlichen Zustand . . . . .	74
	4. Provisorischer und peremptorischer Besitz . . . . .	75
	5. Keine materiellen Aneignungsschranken . . . . .	75
III.	Eigentum und Freiheit . . . . .	76
	1. Ist der Mensch Eigentümer seiner eigenen Person? . . . . .	76
	2. Ursprünglicher Erwerb durch menschliche Arbeit oder auf der Grundlage eines <i>a priori</i> vereinigten Willens aller? . . . . .	77
	3. Keine unmittelbare Rechtsbeziehung zwischen Sachen und Personen . . . . .	78
	4. Systematische Verknüpfung von Freiheit und Eigentum . . . . .	79
C.	<i>Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831)</i> . . . . .	80
	I. Freiheit als Idee des Rechts . . . . .	81
	II. Person als der »an und für sich freie Wille« . . . . .	82
	III. Die Person verleiht sich Gestalt im Eigentum . . . . .	83
	IV. Eigentum als äußere Sphäre der Freiheit . . . . .	84
	V. Zusammenhang zwischen Freiheit und Eigentum . . . . .	87
	VI. Versachlichung der Beziehungen zwischen Personen . . . . .	88
	VII. Geistiges Eigentum . . . . .	89
	VIII. Personengebundenheit des Eigentums . . . . .	91
D.	<i>Personales Eigentum als unverzichtbarer Ausdruck der Freiheit der Person</i> . . . . .	93
	I. Eigentum als Ausdruck der Freiheit des Menschen . . . . .	93
	II. Prägung des Eigentums durch den Eigentümer . . . . .	95
	1. <i>Karl von Rotteck (1775–1840)</i> . . . . .	96
	2. <i>Gustav Radbruch (1878–1949)</i> . . . . .	96
4. Teil:	Eigentümersfreiheit als personen- und normgeprägtes Freiheitsrecht . . . . .	101
A.	<i>Personale Eigentümersfreiheit des Art. 14 GG</i> . . . . .	102
	I. Innerer Zusammenhang von Eigentum und Freiheit . . . . .	103
	II. Ausgangspunkt des historisch gewachsenen Eigentumsverständnisses . . . . .	105

III. Ideengeschichte des personalen Eigentumsverständnisses . . . . .	106
<i>B. Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber</i>	
<i>gemäß Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG</i> . . . . .	107
I. Normprägung der Eigentümerfreiheit . . . . .	108
II. Kein unabänderlicher übergesetzlicher Eigentumsbegriff . . . . .	110
III. Aus der Verfassung gewonnener Eigentumsbegriff . . . . .	111
<i>C. Bindung des Gesetzgebers an die Verfassung</i> . . . . .	114
I. Ausgangspunkt des Gestaltungsauftrags in Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	115
1. Gefestigter Ausgangspunkt . . . . .	115
2. Auftrag des Gesetzgebers zur Ausgestaltung des Eigentums (Nassauskiesung) . . . . .	116
II. Rechtsinstitutsgarantie . . . . .	118
1. Bedeutung der Rechtsinstitutsgarantie . . . . .	119
2. Elementare Strukturprinzipien der Eigentümerfreiheit . . . . .	120
a) Privatnützigkeit . . . . .	120
b) Verfügungsbefugnis . . . . .	121
c) Personaler Charakter der Eigentümerfreiheit als tragender Grund des Art. 14 GG . . . . .	122
d) Grenzen der Rechtsinstitutsgarantie . . . . .	123
III. Bestandsgarantie . . . . .	124
1. Bedeutung der Bestandsgarantie . . . . .	124
2. Personaler Charakter der Eigentümerfreiheit als Grundlage der Bestandsgarantie . . . . .	125
3. Grenzen der Bestandsgarantie . . . . .	126
IV. Gemeinwohlorientierung des Eigentums als wertentscheidende Richtschnur . . . . .	127
1. Gemeinschaftsbezogenheit des Eigentums . . . . .	127
2. Gemeinschaftsgebundenheit des Eigentums . . . . .	129
V. Grenzen des gesetzlichen Gestaltungsauftrags . . . . .	131
1. Eigentümerfreiheit . . . . .	131
2. Eigentumsgegenstand . . . . .	133
3. Folgerichtigkeit . . . . .	135
4. Vertrauensschutz . . . . .	135
 5. Teil: Entgegenständliches Eigentum . . . . .	 139
<i>A. Geldeigentum</i> . . . . .	142
I. Ökonomische Bedeutung des Geldes . . . . .	144
1. Geld als Tauschmittel . . . . .	145
2. Geld als Wertaufbewahrungsmittel . . . . .	145

3.	Geld als Recheneinheit.....	147
II.	Gemeinschaftsbezogenes Einlösevertrauen des Geldeigentümers	147
III.	Keine verfassungsrechtliche Gewährleistung des Tauschwertes des Geldes .....	148
IV.	Freiheitsbezug und Gemeinschaftsabhängigkeit des Geldeigentums .....	152
1.	Erweiterter Freiheitsraum des Geldeigentümers.....	153
2.	Geld als entgegenständliches Eigentum .....	154
3.	Geldeigentum als Individualeigentum .....	155
4.	Gemeinschaftsabhängigkeit des Geldes .....	156
5.	Geldeigentum als Voraussetzung der Anonymisierung des Eigentums .....	156
<i>B.</i>	<i>Privatrechtliche Rechte als Schutzgüter</i> .....	158
I.	Modellcharakter des Sacheigentums .....	158
II.	Schutz schuldrechtlicher Ansprüche durch Art. 14 GG .....	159
III.	Besitzrecht des Mieters .....	160
IV.	Entgegenständliche vermögenswerte Rechte als Schutzgut des Art. 14 GG .....	165
<i>C.</i>	<i>Sozialversicherungsansprüche</i> .....	165
I.	Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	167
1.	Ausschluss staatlicher Fürsorgeansprüche .....	167
2.	Vergleichbarkeit mit dem privaten Sacheigentum .....	168
3.	Personaler Bezug aufgrund der Eigenleistung des Berechtigten .....	169
4.	Kriterium der Existenzsicherung .....	173
II.	Kritik im Schrifttum .....	175
1.	Existenzsichernde Funktion sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche .....	176
2.	Abwehrrechtliche Funktion der Eigentümerfreiheit .....	177
3.	Vergleichbarkeit mit dem Sacheigentum .....	178
4.	Kritik am Maßstab der Eigenleistung .....	180
III.	Personaler und sozialer Bezug sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche .....	184
1.	Eigenleistung als Ausdruck des personalen Bezugs der Eigentümerfreiheit .....	184
2.	Bedeutung der Eigenleistung für die Intensität des Schutzes aus Art. 14 GG .....	186
3.	Sozialer Bezug sozialversicherungsrechtlicher Rechtspositionen und Gestaltungsraum des Gesetzgebers ..	188

D. Geistiges Eigentum.....	189
I. Begriff des geistigen Eigentums.....	191
1. Geistiges Eigentum als immaterielles Gut.....	192
2. Geistiges Eigentum als vermögenswertes Gut.....	194
3. Persönlich geistige Leistung als Grundlage des Urheberrechts.....	195
4. Geistiges Eigentum als Ausdruck der Freiheit des Menschen	197
II. Entwicklung des geistigen Eigentums.....	198
III. Verfassungsrechtlicher Schutz des geistigen Eigentums.....	201
1. Personaler Bezug geistigen Eigentums und sein Schutz durch Art. 14 GG.....	203
a) Grundlegender Freiheitsbezug des geistigen Eigentums..	204
b) Leistung des Urhebers als Grundlage für den besonderen Persönlichkeitsbezug des geistigen Eigentums.....	205
c) Zuordnung des geistigen Eigentums aufgrund der Leistung.....	207
d) Rechte des Urhebers.....	207
aa) Entstehensrecht.....	209
bb) Verfügungsrecht.....	209
cc) Verwertungsrecht.....	211
dd) Intensiver Schutz der schöpferisch geistigen Leistung	212
2. Gemeinschaftsbezogenheit geistigen Eigentums.....	215
a) Geistiges Eigentum als Gut der Kultur- und Wissensgemeinschaft.....	216
b) Angewiesenheit des Urhebers auf die Rezeption geistigen Eigentums.....	217
c) Zugangsinteresse der Allgemeinheit.....	218
3. Verhältnismäßiger Ausgleich zwischen den Schutzinteressen des Urhebers und den Gemeinwohlbelangen.....	219
a) Persönlichkeitsbezug des geistigen Eigentums als Maßstab.....	220
b) Aus dem besonderen Schutz des geistigen Eigentums erwachsener Vergütungsanspruch.....	221
IV. Vergemeinschaftung geistigen Eigentums.....	226
1. Zeitliche Befristung des Urheberrechts und anschließende Vergemeinschaftung zum Allgemeingut.....	226
2. Entmaterialisierung und Anonymisierung durch das Internet	230
a) Globaler Zugang zu geistigem Eigentum im Internet....	231
b) Europäischer und nationaler Grundrechtsschutz der Urheber.....	234
c) Chancen des Internets für die Veröffentlichung und Verbreitung geistigen Eigentums.....	237

d) Herausforderungen des Internets für den Schutz geistigen Eigentums .....	239
aa) Neue digitale Formen und technische Zugangsmöglichkeiten .....	240
bb) »Prosumenten« und »nutzergenerierte Inhalte« .....	242
cc) Neue Vertriebs- und Vergütungsformen .....	244
dd) Aufgabe und Haftung der Intermediäre .....	245
ee) Rechtsdurchsetzung bei Verstößen im Internet .....	249
ff) Internet als dezentrales, schnelles und globales Medium .....	250
c) Neue Dimension der Entmaterialisierung und Anonymisierung geistigen Eigentums im Internet .....	251
aa) Interesse am ungehinderten Zugang zu Wissen und Information potentiell unbegrenzt vieler Nutzer .....	251
bb) Belange der Urheber .....	253
cc) Personaler Gehalt geistigen Eigentums als Auftrag an den Gesetzgeber .....	255
V. Intensiver Persönlichkeits- und Gemeinschaftsbezug geistigen Eigentums .....	257
E. Verfassungsrechtlicher Schutz entgegenständlichten Eigentums ...	260
1. Gegenständliches Eigentum als Ausgangspunkt .....	260
2. Entmaterialisierung des Schutzgegenstandes .....	261
3. Leichtere Übertragbarkeit entmaterialisierten Eigentums ...	263
4. Personaler Charakter als Strukturelement auch entmaterialisierten Eigentums .....	264
5. Gemeinschaftsgebundenheit entmaterialisierten Eigentums .	265
6. Teil: Entpersonalisiertes Eigentum .....	267
A. Eigentum juristischer Personen .....	267
I. Grundrechtsträgerschaft juristischer Personen (Art. 19 Abs. 3 GG) .....	268
1. Entstehungsgeschichte des Art. 19 Abs. 3 GG .....	270
2. Freiheitsgehalt des Art. 19 Abs. 3 GG .....	274
a) Juristische Person als Ausdruck der Freiheitsentfaltung natürlicher Personen .....	276
b) Grundrechtstypische Gefährdungslage .....	279
c) Entpersonalisierte Grundrechtsträgerschaft durch Art. 19 Abs. 3 GG .....	282
d) Personaler Bezug als ein Maßstab für den Grundrechtsschutz juristischer Personen .....	284

3.	Spezifische Anforderungen an die Grundrechtsträgerschaft von Personenmehrheiten . . . . .	287
a)	Verfassungsrechtlicher Begriff der juristischen Person . . .	287
b)	Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	288
c)	Von der öffentlichen Hand beherrschte gemischtwirtschaftliche Unternehmen . . . . .	291
d)	Ausländische juristische Personen. . . . .	298
aa)	Staatszugehörigkeit juristischer Personen zum Inland oder Ausland . . . . .	299
bb)	Grundrechtsträgerschaft inländischer juristischer Personen für Deutschengrundrechte . . . . .	300
cc)	Juristische Personen mit einer Staatszugehörigkeit aus einem Mitgliedstaat der EU . . . . .	302
e)	Schutz des Freiheitsgebrauchs der natürlichen Personen als Maßstab für die Grundrechtsträgerschaft juristischer Personen. . . . .	307
II.	Juristische Personen als Träger der Eigentümerfreiheit . . . . .	308
1.	Entpersonalisierung der Eigentümerfreiheit durch die Eigentümerstellung juristischer Personen . . . . .	309
2.	Verselbständigung der juristischen Person gegenüber den hinter ihr stehenden natürlichen Personen . . . . .	310
3.	Personaler Bezug des Eigentümers als Maßstab für die Schutzintensität der Eigentümerfreiheit . . . . .	311
B.	<i>Anteileigentum</i> . . . . .	312
I.	Schutz des Aktieneigentums durch Art. 14 GG. . . . .	313
1.	Komplexer Charakter des Aktieneigentums . . . . .	314
a)	Beschränkte mitgliedschaftliche Befugnis des Aktieneigentümers . . . . .	315
b)	Sphäre individueller Freiheit durch die Verkehrsfähigkeit der Aktie . . . . .	316
2.	Auseinanderfallen von Eigentum und Verantwortung für den Eigentumsgebrauch beim Aktieneigentum. . . . .	317
3.	Personaler Bezug als Maßstab für den Gestaltungsauftrag des Gesetzgebers . . . . .	318
a)	Differenzierter Schutz des Art. 14 GG . . . . .	319
b)	Bedeutende soziale Funktion des Aktieneigentums . . . . .	320
c)	Gestaltungsauftrag des Gesetzgebers für das Anteileigentum . . . . .	320
4.	Verfassungsrechtlich geschützte Stellung des Anteileigentümers. . . . .	321
a)	Einschränkung oder Entzug der mitgliedschaftlichen Stellung. . . . .	322



	b) Informationsrecht des Anteilseigners . . . . .	325
II.	Kritik an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum personalen Gehalt der Eigentümerfreiheit . . . . .	326
	1. Freiheitlicher Selbstwert der Eigentumsgarantie . . . . .	326
	2. Personalener Wesensgehalt und Wirkungskraft der Grundrechte . . . . .	328
	3. Schutz des Vertrauenseigentums . . . . .	331
	4. Auseinanderfallen von Eigentumsgebrauch und Eigentumsverantwortung . . . . .	332
	5. Gestaltungsauftrag des Gesetzgebers . . . . .	334
	6. Mediatisierte Eigentümerkontrolle und »autonome Managerherrschaft« . . . . .	335
	7. Folgen der Aufspaltung von Eigentumsgebrauch und Eigentumsverantwortung . . . . .	337
III.	Schutz des Aktieneigentums durch Art. 9 Abs. 1 GG . . . . .	340
	1. Frage nach dem personalen Element großer Kapitalgesellschaften . . . . .	341
	2. Grundrechtsträgerschaft von Kapitalgesellschaften und Gestaltungsbefugnisse des Gesetzgebers . . . . .	341
	3. Personalener Gehalt als Maßstab für die Intensität grundrechtlichen Schutzes . . . . .	344
IV.	Gemeinschaftsbezogene Person und Freiheitsanspruch . . . . .	345
C.	<i>Hedgefondseigentum</i> . . . . .	346
I.	Hedgefonds als spezielle Kapitalanlagen . . . . .	348
	1. Entwicklung der Hedgefonds . . . . .	348
	a) Erster Hedgefonds von <i>Alfred Winslow Jones</i> . . . . .	348
	b) Krise des Long Term Capital Management Fund (LTCM) . . . . .	351
	c) Aktuelle Entwicklung der Hedgefonds . . . . .	352
	2. Charakteristika von Hedgefonds . . . . .	353
	a) Begriff des Hedgefonds . . . . .	353
	b) Typische Anlagestrategien von Hedgefonds . . . . .	356
	c) Fondsmanagement . . . . .	358
	d) Eingeschränkte Liquidierbarkeit von Hedgefondsanteilen . . . . .	360
	e) Eingeschränkte Transparenz von Hedgefonds . . . . .	361
	3. Nutzen und Risiken von Hedgefonds . . . . .	362
II.	Regulierung von Hedgefonds nach dem Investmentgesetz . . . . .	368
	1. Hedgefonds als Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken . . . . .	370
	2. Organisationformen der Hedgefonds . . . . .	372
	3. Single-Hedgefonds . . . . .	374
	a) Geringe Anlagebeschränkungen . . . . .	374
	b) Leverage und Leerverkäufe . . . . .	375
	c) Prime Broker . . . . .	376
	d) Kein öffentlicher Vertrieb von Single-Hedgefonds . . . . .	377

e)	Eingeschränkte Verfügungsbefugnisse der Anleger . . . . .	377
f)	Besondere Stellung der Fondsmanager bei Single- und Dach-Hedgefonds . . . . .	378
4.	Dach-Hedgefonds . . . . .	379
a)	Anlage in Zielfonds . . . . .	379
b)	Risikomischung . . . . .	380
c)	Öffentlicher Vertrieb . . . . .	381
III.	Regulierung von Hedgefonds nach der AIFM-Richtlinie . . . . .	382
1.	Fondsmanager als Adressaten der Regelung . . . . .	385
2.	Hedgefonds als eine Form alternativer Investmentfonds . . . . .	387
3.	Voraussetzungen für die Zulassung der Fondsmanager . . . . .	388
4.	Anforderungen an die Tätigkeiten der Fondsmanager . . . . .	390
5.	Transparenzpflichten . . . . .	392
6.	Umsetzung der Richtlinie . . . . .	393
IV.	Regulierung von Hedgefonds nach dem Kapitalanlagegesetzbuch . . . . .	394
1.	Single-Hedgefonds . . . . .	396
a)	Vermögensanlage in einem allgemeinen offenen Spezial-AIF . . . . .	396
b)	Leverage und Leerverkäufe . . . . .	397
c)	Beschränkter Kreis der Anleger . . . . .	398
d)	Pflichten der Fondsverwalter . . . . .	400
e)	Prospektpflichten und Prospekthaftung . . . . .	401
f)	Rücknahmemöglichkeiten für Anteile an Hedgefonds . . . . .	401
g)	Kontrolle der Single-Hedgefonds durch die BaFin . . . . .	402
2.	Dach-Hedgefonds . . . . .	403
3.	Strenge Regulierung von Hedgefonds in Deutschland . . . . .	403
V.	Verfassungsrechtlicher Schutz des Hedgefondseigentums . . . . .	405
1.	Schutz des Art. 14 Abs. 1 GG für das Hedgefondseigentum . . . . .	405
2.	Geringer personaler Bezug des Hedgefondseigentums . . . . .	406
a)	Entkopplung von den Märkten . . . . .	406
aa)	Leerverkauf als Spekulation auf den Wertverlust . . . . .	406
bb)	Inkaufnahme systemischer Risiken durch Leverage . . . . .	407
b)	Entkopplung von Eigentümerstellung und Eigentumsbefugnissen . . . . .	408
aa)	Starke Stellung der Fondsmanager . . . . .	408
bb)	Schwache Stellung der Anleger . . . . .	409
3.	Weiter Gestaltungsraum des Gesetzgebers und Notwendigkeit internationaler Regelungen . . . . .	411

7. Teil: Schutz des Eigentums durch die EMRK .....	413
A. Entstehung von Art. 1 1. ZP .....	414
B. Schutzbereich des Art. 1 1. ZP .....	415
I. Einheitliche Eigentumsgarantie in Art. 1 1. ZP .....	415
II. Eigentumsbegriff des Art. 1 1. ZP .....	416
1. Autonome Auslegung von Art. 1 1. ZP vor dem Hintergrund des allgemeinen Völkerrechts .....	416
2. Entwicklungsoffenes Eigentumsverständnis des Art. 1 1. ZP .....	417
III. Die von Art. 1 1. ZP geschützten Rechtspositionen .....	418
1. Mobilien, Immobilien und dingliche Rechte .....	419
2. Kein Schutz des Geldwertes .....	420
3. Forderungen .....	420
4. Geistiges Eigentum, Immaterialgüterrechte .....	422
5. Unternehmensbeteiligungen .....	423
6. Berechtigte Erwartungen .....	424
7. Firmenwert (»goodwill«) .....	426
8. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse ....	427
9. Sozialversicherungsansprüche .....	428
a) Einheitliche Auslegung von Art. 1 1. ZP und Art. 6 EMRK .....	428
b) Direkte Verbindung zwischen Beitragsleistung und Anspruch .....	429
c) Art. 1 1. ZP im Lichte des Diskriminierungsverbots .....	430
d) Kein Anspruch auf Leistungen in einer bestimmten Höhe .....	433
10. Erbrecht .....	434
IV. Institutsgarantie in Art. 1 1. ZP .....	434
V. Schutz der juristischen Person durch Art. 1 1. ZP .....	435
C. Eingriffe in den Schutzbereich des Art. 1 1. ZP .....	436
I. Struktur des Art. 1 1. ZP .....	436
1. Drei Eingriffsarten nach der Rechtsprechung des EGMR ...	436
2. Lehre der abschließend zwei Eingriffsarten .....	438
3. Einheitlichkeit von Art. 1 1. ZP .....	439
4. Allgemeine Eigentumsgarantie in Art. 1 Abs. 1 S. 1 1. ZP ...	439
II. Entzug des Eigentums gemäß Art. 1 Abs. 1 S. 2 1. ZP .....	440
1. Formelle Enteignung .....	440
2. De facto Enteignung .....	441
3. Abgrenzung der de facto Enteignung von der Nutzungsregelung .....	444
III. Nutzungsregelungen gemäß Art. 1 Abs. 2 1. ZP .....	446
IV. Sonstige Eingriffe nach der Rechtsprechung des EGMR .....	449

<i>D. Rechtfertigung der Eingriffe</i> .....	451
I. Rechtfertigung des Eigentumsentzugs .....	451
1. Gesetzesvorbehalt .....	451
2. Öffentliches Interesse .....	453
3. Allgemeine Grundsätze des Völkerrechts .....	454
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	455
5. Enteignungsentschädigung .....	457
a) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Rechtsgrundlage .....	458
b) Höhe der Entschädigung .....	460
c) Geringe gerichtliche Kontrolldichte .....	462
II. Rechtfertigung der Nutzungsregelung .....	463
III. Rechtfertigung des sonstigen Eingriffs .....	465
1. Verhältnismäßigkeit des Eingriffs .....	465
2. Gesetzmäßigkeit des Eingriffs .....	465
3. Allgemeininteresse an dem Eingriff .....	467
IV. Völkerrechtlicher Schutz des Eigentums in der EMRK .....	467
1. Eigentümerfreiheit als Menschenrecht .....	468
2. Eigentumsschutz in der ERMK und Eigenständigkeit der nationalen Wirtschaftsordnungen der Mitgliedstaaten .....	469
3. Entwicklungsoffenes Eigentumsverständnis .....	470
4. Verallgemeinerung der Eigentumsgarantie ins Prinzipielle durch den EGMR .....	471
5. Maßstab der Verhältnismäßigkeit als Leitprinzip des Eigentumsschutzes in der EMRK .....	471
8. Teil: Der Schutz des Eigentums in der EU .....	473
A. <i>Die Bedeutung des Eigentumsschutzes         für das Recht der Europäischen Union</i> .....	473
B. <i>Die Normprägung der europarechtlichen Eigentumsgarantie</i> .....	474
C. <i>Art. 17 GrCh als Rechtsgrundlage         der europarechtlichen Eigentumsgarantie</i> .....	478
I. Die Entwicklung der europarechtlichen Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung des EuGH .....	479
1. Die Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten .....	479
2. Art. 1 1. ZP zur Europäischen Menschenrechtskonvention ..	481
II. Art. 17 GrCh als geschriebene europarechtliche Eigentumsgarantie .....	483
D. <i>Der Eigentumsbegriff im Recht der Europäischen Union</i> .....	485
I. Der persönliche Schutzbereich .....	485

II.	Das Rechtmäßigkeitserfordernis in Art. 17 Abs. 1 GrCh .....	487
1.	Kein Schutz des Erwerbs .....	487
2.	Die Rechtmäßigkeit des Eigentumserwerbs .....	487
a)	Weit verstandenes Rechtmäßigkeitserfordernis .....	488
b)	Eng verstandenes Rechtmäßigkeitserfordernis .....	489
c)	Erfordernis der Rechtswirksamkeit .....	490
III.	Geschützte Eigentumspositionen .....	492
1.	Mobilien, Immobilien und private Forderungsrechte .....	492
2.	Vermögen .....	493
3.	Geistiges Eigentum .....	495
4.	Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb .....	496
5.	Öffentlich-rechtliche Berechtigungen .....	498
a)	Europarechtlich eingeräumte Rechtspositionen .....	498
b)	Sozialrechtliche Ansprüche .....	499
6.	Erbrecht .....	500
IV.	Umfang des Eigentumsschutzes .....	500
E.	<i>Eingriffe in das Eigentum</i> .....	501
I.	Nutzungsregelung .....	501
II.	Entzug des Eigentums .....	503
III.	Abgrenzung des Eigentumsentzugs von der Nutzungsregelung ..	504
1.	Rechtstransfer als Abgrenzungskriterium .....	505
2.	Verlust der Verfügungsbefugnis .....	505
3.	Verlust sämtlicher Nutzungsmöglichkeiten .....	505
IV.	Mittelbare Eingriffe .....	506
F.	<i>Rechtfertigung von Eingriffen in das Eigentum</i> .....	508
I.	Gesetzesvorbehalt .....	509
II.	Wesensgehaltsgarantie .....	510
III.	Von der Union anerkannte Gemeinwohlziele .....	511
IV.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	513
1.	Geeignetheit .....	514
2.	Erforderlichkeit .....	515
3.	Angemessenheit .....	515
V.	Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers .....	516
VI.	Rechtfertigung von Nutzungsregelungen .....	518
VII.	Rechtfertigung des Eigentumsentzugs .....	519
G.	<i>Personales Eigentumsverständnis als Grundlage der differenzierten Eigentumsgarantie des Art. 17 GrCh</i> .....	520
I.	Enge Verzahnung von Art. 17 GrCh und Art. 1 1. ZP .....	521
II.	Eigenständigkeit von Art. 17 GrCh .....	522
III.	Personales Eigentumsverständnis von Art. 17 GrCh .....	523

IV. Art. 17 GrCh als Grundlage für einen differenzierten Eigentumsschutz .....	523
9. Teil: Personales Eigentum und Eigentümerverantwortung ..	525
A. <i>Gesetzgebungsauftrag</i> .....	525
B. <i>Eigentum und Freiheit</i> .....	526
I. Eigentum als Vollrecht an einer Sache .....	527
II. Schutz der persönlichen Rechtsstellung des Eigentümers .....	529
III. Eigentum als Ausdruck der Freiheit des Menschen .....	530
IV. Normgebundenheit des Eigentums .....	532
C. <i>Entgegenständlichung und Entpersonalisierung des Eigentums</i> ..	533
I. Freiheitszuwachs durch abstraktes Geldeigentum .....	534
II. Personaler Gehalt geistigen Eigentums und seine Entmaterialisierung im Internet .....	535
III. Entpersonalisierung durch die Grundrechtsträgerschaft juristischer Personen .....	537
IV. Auseinanderfallen von Eigentum und Eigentümerbefugnissen beim Anteilseigentum .....	540
V. Weitgehender Verlust der Eigentümerbefugnisse beim Anteilseigner eines Hedgefonds .....	541
D. <i>Gemeinschaftsgebundenheit des Eigentums</i> .....	543
I. Gemeinschaftsabhängigkeit des Geldeigentums .....	545
II. Gemeinschaftsgebundenheit sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche .....	545
III. Vergemeinschaftung geistigen Eigentums .....	545
IV. Gemeinschaftsbezug juristischer Personen .....	548
V. Soziale Funktion des Anteilseigentums .....	548
VI. Risiken des Hedgefondseigentums für das Gemeinwohl .....	549
E. <i>Personaler Gehalt als Grund und Maßstab des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes</i> .....	550
I. Besitzrecht des Mieters im Dienst der Persönlichkeitsentfaltung .....	551
II. Eigene Leistung als Grund und Maßstab für den verfassungsrechtlichen Schutz von Sozialversicherungsansprüchen .....	551
III. Persönlichkeitsgehalt und Gemeinschaftsabhängigkeit geistigen Eigentums als Maßstab für den verfassungsrechtlichen Schutz ..	552
IV. Personale Nähe als Maßstab für den Eigentumsschutz juristischer Personen .....	554

V.	Personaler Gehalt als Maßstab für den verfassungsrechtlichen Schutz des Anteilseigentums .....	555
VI.	Sehr geringer personaler Gehalt und geringe Gemeinwohlorientierung des Hedgefondseigentums .....	556
<i>F.</i>	<i>Eigentum und Verantwortung</i> .....	557
	Literaturverzeichnis .....	563
	Sachverzeichnis .....	607